

Freie Berufe im Koalitionsvertrag



BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer

„Die neue Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen. CDU/CSU und SPD haben die Freien Berufe im Koalitionsvertrag an verschiedensten Stellen bedacht. Besonders erfreulich ist das klare Bekenntnis der Bundesregierung zu den Freien Berufen. Natürlich müssen wir das Ganze im Kleinsten erblicken: Wir werden sehr genau hinsehen, welche Einzelvorhaben in Angriff genommen werden und wie freiberuflergerecht die Bundesregierung den Koalitionsvertrag umsetzt. Wichtig ist etwa, trotz steigenden Fachkräftebedarfs keine Abstriche bei der beruflichen Qualifikation zu machen. Und es muss im Zuge der Digitalisierung dabei bleiben: Datenschutz vor Datennutz. Gerade vor dem Hintergrund europäischer Deregulierungsbestrebungen freuen wir uns über den politischen Rückhalt für die Freien Berufe, der diesen Koalitionsvertrag durchzieht. Wir werden die Koalitionäre daran messen.“

BFB-Auswertung

Allgemein

- „Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und steht weltweit für hohe Qualitätsstandards. Selbstständige, Familienunternehmen, Freie Berufe und Handwerk schaffen mit Abstand die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Allgemeinwohl. Wir wollen ihre Leistung künftig noch stärker öffentlich anerkennen und fördern. Der Mittelstand prägt Kultur und Selbstverständnis der deutschen Wirtschaft und leistet einen starken Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.“
- „Freie Berufe sind ein wichtiges Element unserer Wirtschaft. Sie stehen für Vielfalt und unternehmerische Verantwortung. Wir werden uns für die Belange der Freien Berufe einsetzen und darauf hinwirken, dass die hohen

Qualitätsstandards und die Unabhängigkeit freiberuflicher Dienstleistungen auch im europäischen Kontext angemessen berücksichtigt werden.“



© Fotolia/Robert Kneschke

Europa

Man will sich für die Belange der Freien Berufe einsetzen und darauf hinwirken, dass die hohen Qualitätsstandards und die Unabhängigkeit freiberuflicher Dienstleistungen im europäischen Kontext angemessen berücksichtigt werden. An bewährten Qualifikationsstandards soll nicht gerüttelt werden; das „Herkunftslandprinzip durch die Hintertür“ wird deshalb abgelehnt.

In Anlehnung an die Juncker-Kommission und deren Taskforce für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit haben sich auch die Koalitionäre der in Europa „gelebten Subsidiarität“ verpflichtet.

Bildung

Die Bundesregierung will durch eine „Investitionsoffensive für Schulen“ die Länder bei Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, insbesondere durch Ganztagsschul- und Betreuungsangebote, Digitalisierung und berufliche Schulen, unterstützen. Dazu soll Artikel 104c Grundgesetz angepasst werden. Für ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Schüler im Grundschulalter sollen vom Bund zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden.



© Fotolia/Daniel Ernst

Im Rahmen der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) soll eine Mindestausbildungsvergütung im BBiG verankert werden. Sie soll zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. Darüber hinaus sehen die Koalitionspartner Bedarf an einer schnelleren Modernisierung der Ausbildungs- und Aufstiegsordnungen auch im Hinblick auf die Digitalisierung.

Die „Initiative Berufsbildung 4.0“ soll ausgebaut werden. Für eine höhere Passgenauigkeit auf dem Ausbildungsmarkt sind verbesserte Mobilitätshilfen geplant. Die Allianz für Aus- und Weiterbildung, in der der BFB auch Partner ist, wird fortgesetzt. Die geplante Ausbildungsplatzgarantie ist aus BFB-Sicht allerdings abzulehnen.

Angestrebt wird zudem eine höhere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung in beiden Richtungen, unter anderem durch die Aufstockung der Aufstiegs- und Weiterbildungsstipendien.

Geplant ist auch die Einrichtung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur Stärkung der beruflichen Bildung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Fachkräftesicherung

Begrüßenswert ist die Absicht, eine Fachkräftestrategie zu entwickeln, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Allerdings sieht der BFB mit Sorge die geforderte stärkere gemeinsame Verantwortung sowohl von Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern für die berufsbezogene Weiterbildung.

Geplant sind des Weiteren die Entwicklung einer Nationalen Weiterbildungsstrategie sowie eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, um den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland zu steuern.

Die Koalitionspartner wollen Frauen den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern mit Unterstützungsmaßnahmen für Gründerinnen und Unternehmerinnen.



Selbstständigkeit

Der BFB begrüßt die Absicht der Koalitionspartner, Neugründungen und Nachfolgen in der Start- und Übergangsphase zu unterstützen, beispielsweise durch Befreiung der

Unternehmen von der monatlichen Voranmeldung der Umsatzsteuer in den ersten beiden Jahren nach ihrer Gründung.

Arbeit

Die Koalitionspartner wollen ein Recht auf befristete Teilzeit einführen. Auch wenn von einem Rückkehrrecht in Vollzeit abgesehen wurde und die typischen Freiberufler-Einheiten von bis zu zehn Mitarbeitern nicht direkt betroffen sind, lehnt der BFB die Schaffung zusätzlicher bürokratischer Belastung und den Eingriff in die Personal- und Planungssicherheit der Arbeitgeber ab.

Weiter soll das Statusfeststellungsverfahren für Selbstständige vereinfacht und zwischen den unterschiedlichen Zweigen der Sozialversicherung widerspruchsfrei ausgestaltet werden. Ein solches Statusfeststellungsverfahren kann Bürokratie im Sozialversicherungsrecht vermindern. Für den BFB ist wichtig, dass das Verhältnis von Selbstständigkeit zu abhängiger Beschäftigung dadurch aber nicht infrage gestellt wird.

Gesundheit

Der Koalitionsvertrag sieht vor, eine Kommission einzurichten, die bis Ende 2019 Vorschläge für eine Reform der Honorarordnung der Gesetzlichen Krankenversicherung (EBM) und der Gebührenordnung der Privaten Krankenversicherung (GOÄ) vorlegen soll. Der BFB unterstützt den Erhalt der ärztlichen Vergütungsregeln.

Die Apotheken vor Ort sollen gestärkt werden, unter anderem durch ein Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln. Dadurch wird die Leistung der Freien Berufe vor Ort anerkannt.

Altersvorsorge



© Fotolia/Marco2811

Zur Verbesserung des sozialen Schutzes von Selbstständigen soll eine gründerfreundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen eingeführt werden, soweit nicht bereits eine anderweitig obligatorische Absicherung (zum Beispiel in berufsständischen Versorgungswerken) besteht. Der BFB begrüßt die Wahlfreiheit bezüglich der Vorsorgeform sowie die Anerkennung der berufsständischen Versorgung der verkammerten Freien Berufe als eigenständiges bewährtes und funktionierendes Alterssicherungssystem.

Digitalisierung

Die Bundesregierung will die kreativen Potenziale in Deutschland mobilisieren und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Der Koalitionsvertrag sieht einen Rechtsrahmen vor, der Bürgerrechte garantiert, einen Ausgleich von Freiheit und Sicherheit leistet und zudem mehr Innovationen ermöglicht.

Angestrebt wird auch ein flächendeckender Zugang zum schnellen Internet für alle Bürger. Dazu soll bis zur Mitte der Legislaturperiode ein Rechtsanspruch ab dem 1. Januar 2025 beschlossen werden.

Die Arbeitszeitgestaltung soll nach Möglichkeit flexibler werden, unter anderem durch Modelle, die beispielsweise mehr Spielraum für Familienzeit schaffen. Die Digitalisierung soll genutzt werden, um den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität zu ermöglichen. Weiter wollen die Koalitionspartner mobile Arbeit fördern und erleichtern.



© Fotolia/Zerbor

Der BFB begrüßt das neu avisierte Förderprogramm „Digitalisierung des Mittelstands“, das gezielt in digitale Technologien und Know-how investieren soll.

Datenschutz

Die Koalitionspartner wollen den hohen Datenschutzstandard erhalten. Im Bereich des Beschäftigtendatenschutzes soll Klarheit über Rechte und Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschaffen sowie die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten sichergestellt werden.

Auf EU-Ebene will die Regierung ein Innovationsboard einrichten, um konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der europäischen Datenschutzregelungen zu erarbeiten, wobei ein hohes Schutzniveau für die Vertraulichkeit von

Kommunikationsdaten bei der E-Privacy-Verordnung erhalten werden soll. Dies entspricht den BFB-Forderungen nach einem modernen, möglichst EU-weit einheitlichen, rechtssicheren und praxistauglichen Datenschutz. Der BFB wird darauf achten, dass das freiberuflertypische Vertrauensverhältnis zu Mandanten, Klienten, Patienten und Kunden auch künftig nicht von Interessen Dritter beeinträchtigt wird und der Schutz des Berufsgeheimnisses unbedingten Vorrang vor der Erfüllung etwaiger Informationspflichten hat.

Bürokratieabbau

Im Rahmen eines Bürokratieentlastungsgesetzes III sollen die Statistikpflichten weiter verringert werden.

Auf europäischer Ebene wollen sich die Koalitionspartner für die Einführung des Prinzips „One in, one out“ einsetzen.

Die Abschneidegrenze für kleine und mittlere Unternehmen soll von heute 250 auf künftig bis zu 500 Mitarbeiter ange-

hoben werden; dadurch würden mehr Unternehmen von europäischen Berichtspflichten entlastet.

Aus BFB-Sicht ist das Bekenntnis zum Bürokratieabbau und zu einem Bürokratieentlastungsgesetz III grundsätzlich zu begrüßen, auch wenn konkrete Maßnahmen bislang leider fehlen.



Steuern

Die Koalitionäre geben das Ziel aus, die Steuerbelastung nicht erhöhen zu wollen. Das korrespondiert mit der BFB-Forderung, die Besteuerung von Freiberuflern nicht zu verschärfen. Weiterhin soll alle zwei Jahre ein Bericht zur Entwicklung der kalten Progression vorgelegt und der Einkommensteuertarif entsprechend bereinigt werden.

Den Solidaritätszuschlag will man schrittweise abschaffen. Eine Reform der Kommunalfinanzen wird nicht thematisiert.

Auf dem Weg zum schlanken Steuerstaat werden vorausgefüllte Steuererklärungen für alle Steuerpflichtigen bis zum Veranlagungszeitraum 2021 angestrebt.

Eingespiegelt wird auch das Megathema Digitalisierung: So enthält der Vertrag einen Prüfauftrag, zugunsten digitaler Innovationsgüter die Abschreibungstabellen zu überarbeiten.

Weiteres

Die **Honorarordnung für Architekten und Ingenieure** (HOAI) wird von den Koalitionspartnern als unverzichtbares Instrument zur Sicherung von Bauqualität und Baukultur und Voraussetzung eines fairen Leistungswettbewerbs gewürdigt. Die Koalitionäre wollen sich für den Erhalt der Gebührenordnung in Deutschland auf europäischer Ebene einsetzen, um auch künftig die hohe Qualität der Ausbildung von Architekten und Ingenieuren sicherzustellen.

Im **Vergaberecht** soll die Zusammenführung von Verfahrensregeln für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen einerseits und von Bauleistungen andererseits in einer einheitlichen Vergabeverordnung geprüft werden.

Die Soziale Marktwirtschaft soll eine Renaissance erleben, gerade in Zeiten der Digitalisierung, so die Koalitionspartner. Aus BFB-Sicht ist diese wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ausrichtung politischen Handelns mit Blick auf die **Gemeinwohlorientierung** der Freien Berufe sehr zu begrüßen.

Die **Künstlersozialversicherung** soll erhalten und der Kreis der abgabepflichtigen Verwerter um digitale Plattformen erweitert werden, die kommerzielle Verwertung künstlerischer Leistungen ermöglichen. Damit würde diese solidarische Umlage auf eine breitere Basis gestellt.

Die Bundesregierung will die Rechtsposition der **Urheber** stärken und einen „gerechten“ Interessenausgleich zwischen Kreativen und Unternehmen der Kulturwirtschaft, Plattformen und Nutzern herbeiführen. Aus BFB-Sicht ist darauf zu achten, den Zugang der Allgemeinheit zu Informationen zu wahren und gleichzeitig die Lebensgrundlagen der Urheber mit ihren kreativ-schöpferischen Leistungen auch gegenüber Verwertern zu sichern.

Die Koalitionäre bekennen sich zu den **Kammern** und den rechtlichen Grundlagen des bestehenden Kammerwesens. Die weiterführenden Passagen adressierten eher den Wirkkreis der IHKen. Die Kammern werden aufgefordert, einen spürbaren Beitrag zur Stärkung ihrer Akzeptanz bei den Mitgliedsunternehmen zu leisten.